

BSBD Baden-Württemberg – mittendrin im Aufbruch

Landeshauptvorstandssitzung am 11. April 2017 in Karlsruhe

Der Landesverband hat gerufen und über fünfzig Ortsverbandsvorstände, Fachgruppensprecher und weitere BSBD-Mitglieder haben sich am 11. April 2017 zur ersten diesjährigen Landeshauptvorstandssitzung auf den Weg nach Karlsruhe – in die badische Metropole – begeben. Versammlungsort war das zentrale Verwaltungsgebäude der Badischen Gemeindeversicherung (BGV) mit seiner modern-funktionalen Gestaltung und seinem komfortablen Ambiente – wie geschaffen für die BSBD-Hauptvorstände. Reizvoll auch der Blick in die unmittelbare Nachbarschaft: auf das sehr anmutige illustre Renaissance-Schloss Gottesaue, das die renommierte Musikhochschule Karlsruhe beherbergt.

Aber nun zu den Realitäten des baden-württembergischen Justizvollzugs:

Eröffnung und Begrüßung

Um 9:35 Uhr begrüßte der **Landesvorsitzende Alexander Schmid** die aus allen Landesteilen angereisten Mitglieder des Landeshauptvorstands und er hieß den **Ehrenvorsitzenden Ernst Steinbach** sowie das Ehrenmitglied **Wolfram Müller** ganz herzlich willkommen.



Ernst Steinbach

Er bedankte sich bei **Erwin Friess** und dem **Vorstandsvorsitzenden Professor Heinz Ohnmacht** von der BGV, dass dem BSBD die Möglichkeit gegeben wurde, bereits zum dritten Mal nach 2009 und 2011 die Sitzung in den Räumen der Badischen Versicherung stattfinden zu lassen. Der Vorsitzende Schmid betont die Bedeutung des BGV als Versicherer für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

Herr Ohnmacht richtete ein Grußwort an die Anwesenden und unterstrich das Bestreben der BGV, die Beamten bestmöglich zu versichern. Für den BSBD und deren Mitglieder als Kooperationspartner gebe es spezielle Vorteile. Herr Ohnmacht berichtete von seinen Erfahrungen im Jugendstrafvollzug während seiner Referendarzeit und er hob die hohe Qualität der Arbeit der Kollegen und Kolleginnen im Justizvollzug hervor. Er bedankte sich nochmals, dass die Versammlung der Einladung gefolgt sei und nun im komplett modernisierten Gebäude tagen würde. Er wünschte allen Anwesenden eine gute und erfolgreiche Sitzung.



Gut gelaunt geplaudert:
Alexander Schmid und Heinz Ohnmacht

Von Seiten des BSBD richtete sich weiterhin ein herzlicher Dank an Herrn Friess, der maßgebend an der Einführung der neuen BSBD-Mitgliedsausweise mitbeteiligt war. Herr Friess begrüßte die Anwesenden ebenfalls bei der BGV in Karlsruhe.

Er stellte nochmals den guten Kontakt zum BSBD als Kooperationspartner heraus. Der BGV wird auch künftig jederzeit mit Aktionen, Informationen und Werbemittel zur Verfügung stehen. Er bedankte sich für bereits absolvierte Besuche bei verschiedenen Veranstaltungen, wie z.B. bei Ortsverbands-Versammlungen. Er erläuterte die Vorteile für BSBD-Mitglieder. Besonders möchte er die eigens für die Beschäftigten im Vollzug angepasste Unfallversicherung hervorheben. Hier wurde eine „Infektionsklausel“ mit aufgenommen, die bei Infektionen durch Verletzungen und nach Übergriffen durch Gefangene im Dienst greifen würde. Auch wenn er selbst in wenigen Wochen in den Ruhestand gehen werde, würde die Kooperation mit dem BSBD in gleicher ausgezeichneter Qualität weitergeführt werden. Sein Nachfolger - **Herr Söffner** – setzt die Pflege der Kooperation fort und habe sich bereits heute bei einigen Kollegen - bei der „Badischen Begrüßungs-Bretzel“ - vorgestellt. Nach seinem Grußwort wünschte auch Herr Friess dem Hauptvorstand eine gute Sitzung.



Der BSBD dankte ebenfalls ganz herzlich für die Kooperation in den letzten acht Jahre und die hervorragende Betreuung durch Herrn Friess. Hierzu und zum Abschied in den wohlverdienten Ruhestand – verbunden mit den besten Wünschen für Gesundheit und Zufriedenheit nach einem erfüllten Berufsleben – überreichte ihm der Landesvorsitzende Schmid einen Geschenkkorb.

Alexander Schmid und „Neu-Senior“ Erwin Friess

Personelle Veränderungen im Landeshauptvorstand



Der neue OVV Karlsruhe: **Christian Ludwig**, zugleich Vorsitzender des ÖPR Karlsruhe



Der neue OVV Bruchsal: **Johann Hermann**

Der Vorsitzende Schmid sprach die personellen Veränderungen im Landeshauptvorstand bzw. bei den Ortsverbänden an.

Er begrüßte als Neumitglieder im Landeshauptvorstand den neu gewählten Vorsitzenden des **OV Bruchsal: Johann Hermann** und des **OV Karlsruhe: Christian Ludwig**; beide Kollegen stellten sich kurz vor.

Nach der Fusionierung der beiden Ortsverbände Sozialtherapeutische Anstalt und Justizvollzugskrankenhaus Hohenasperg steht Kollege **Christoph Abele** dem neuen **OV Hohenasperg** vor.

Zum 01.04.2017 wurde der Ortsverband Ostalb aufgelöst. Die Mitglieder wechselten in den OV Schwäbisch Gmünd und in den OV Schwäbisch Hall.

Der Landesvorsitzende gratulierte Kollegen **Axel Lehrer** zu seiner Wahl in die **BSBD-Bundesleitung** für den Bereich Tarif und wünscht ihm im Namen des LHVS für seine Aufgaben alles Gute.

Landesfachgruppenvertreter - Neubestellung

Seit der letzten Landeshauptvorstandssitzung im Mai 2016 wurden neue Kolleginnen und Kollegen in den Fachgruppen gewählt, die nun durch das Gremium bestellt werden mussten. Alexander Schmid schlug die gemeinsame Bestellung der folgenden namentlich benannten Neubesetzungen en bloc vor:

- FGV für den Höheren Verwaltungsdienst: **Thomas Müller** (OV Karlsruhe),
- FGV für den Tarifbereich: **Sabine Glas** (OV Karlsruhe),
- Stellv. FGV für den Pädagogischen Dienst: **Hagen König** (OV Heilbronn),
- Stellv. FGV für den Tarifbereich: **Andreas Placht** (OV Heimsheim),
- Stellv. FGV Landwirtschaft: **Gerhard Geckeler** (OV Rottenburg).

Die Bestellung dieser Fachgruppenvertreter/in erfolgte durch einstimmigen Beschluss des LHV-Gremiums.



Die neu bestellte Landesfachgruppensprecherin **Sabine Glas** für den Tarifbereich – mit dem Landesvorsitzenden

Bericht des Landesvorsitzenden

Unter dem Motto „Aus Reden wird Handeln“ beginnt Alexander Schmid seinen Bericht des Landesvorsitzenden.

- Der BSBD im Gespräch - REDEN -

Es werden Bilder der letzten Monate aus dem Landesverband und den Ortsverbänden gezeigt, in denen Treffen und Besuche von Politikern und Amtsträgern zu sehen sind. Diese sind sehr eindrucksvolle Belege für die intensiven Gespräche mit den politischen Fraktionen im Landtag sowie mit Regierungsvertretern oder vor Ort in den Ortsverbänden, aber auch bei den gewerkschaftlichen Dachorganisationen.

- Aus REDEN wird HANDELN -

Wie auch andere Mitgliedsorganisationen im Beamtenbund brachte der BSBD die Anliegen seiner Mitglieder mit vielen guten Sachargumenten und mit Nachdruck in den politischen Raum und auf allen Ebenen ein.



Sehr aufmerksame Zuhörer beim Vortrag des Landesvorsitzenden

Ein Ergebnis dieser ständigen Arbeit ist der kürzlich vereinbarte Tarifabschluss und schließlich seine Übernahme für die Beamten und Versorgungsempfänger.

Der Kampf um eine angemessene Teilhabe der Beamtinnen und Beamten sowie unserer Versorgungsempfänger an der allgemeinen Einkommensentwicklung konnte am 16. März 2017 erfolgreich abgeschlossen werden.

An diesem Tag hat der Vorstand des Beamtenbundes Baden-Württemberg (BBW) unter der Leitung seines Vorsitzenden **Volker Stich** einstimmig einem zuvor vom Amtschef des Finanzministeriums vorgestellten Besoldungspaket zugestimmt.

Bei all der Freude über den nunmehr gelungenen günstigen Abschluss wollen wir allerdings nicht vergessen, welche Sparmaßnahmen uns in den vergangenen Jahren auferlegt worden sind, zu denen wir stets gesagt haben: „Das geht gar nicht!“:

- **Das *Sparpaket I* bereits 2011 mit der siebenmonatigen Verschiebung der Besoldungsübernahme, der Erhöhung der Kostendämpfungspauschale und des Eigenbetrags für Wahlleistungen,**
- **das *Sparpaket II* 2012 mit der Absenkung der Eingangsbesoldung, einer erneuten Erhöhung der Kostendämpfungspauschale und weiteren Beihilfekürzungen (50% Ehegatten neue Beamte, 70% zahntechnische Leistungen),**
- **dem *Sparpaket III* in 2013 und 2014 mit der Besoldungsverschiebung um jeweils sechs, neun bzw. zwölf Monate,**
- ***Sparrunde IV* in 2014, von welcher die Hälfte der baden-württembergischen Beamtenschaft betroffen war (Lehrerinnen und Lehrer, Kürzung der Altersermäßigung),**
- ***Sparrunde V* 2015 und 2016: Besoldungsverschiebung um vier und acht Monate.**
(Qu.: BBW)

Denken wir also nochmal kurz zurück und damit auch an die teilweise düsteren Ankündigungen der letzten Monate, die auch für diese Verhandlungsrunde Geltung hätten erlangen können. Wir hörten von: einer Pensionswelle, der enormen Haushaltsbelastung durch 40% Personalkostenanteil im Landeshaushalt, der Schuldenbremse 2020, einer möglichen Deckelung der Besoldungsanpassung von nur 1%, einer möglichen „Nullrunde“, der möglichen Nichtübertragung des Ergebnisses auf die Versorgungsempfänger, einer möglichen Absenkung des Versorgungsniveaus und sogar einer möglichen Erhöhung der Wochenarbeitszeit. Vor diesem Hintergrund waren wir als Gewerkschafter angetreten, um dies zu verhindern und zusätzlich ein echtes Verbesserungspaket zu erkämpfen. Und es ist uns tatsächlich gelungen, ein stimmiges Gesamtpaket zu schnüren.

- Die Absenkung der Eingangsbesoldung im gehobenen Dienst (um 4% für die erste drei Jahre) und für den höheren Dienst (um 8% für die ersten drei Jahre) wird bereits ab 2018 komplett abgeschafft werden.
- Die Anwärtergrundbezüge werden in 2017/18 um je 35 Euro angehoben werden.

Und so sieht die eigentliche Besoldungsanpassung 2017/18 aus:

Jahr 2017 • bis A 9 ab 1.3.2017 • A 10/11 ab 1.5.2017 • ab A 12 ab 1.6.2017	jeweils Erhöhung um 2 %	
Jahr 2018 • bis A 9 ab 1.3.2018 • A 10/11 ab 1.5.2018 • ab A 12 ab 1.6.2018	jeweils Erhöhung um 2,35 %	zusätzlicher dauerhafter BW-Bonus von 0,325 % kommt hinzu (auch für Versorgungsempfänger) und Wegfall der Regelung des § 17 LBesG (0,2% Abzug für Versorgungsrücklage BW)
also ab dem Jahr 2018 echte 2,675 % für Alle		

Ich meine, dies ist ein annehmbares Gesamtpaket. Da gerade auch der Baden-Württemberg-Bonus dauerhaft wirkt, war diese Regelung einer Einmalzahlung vorzuziehen.

Aber auch der Justizvollzug wird seit einiger Zeit besonders in der Politik und der Presse anders wahrgenommen – und ernst genommen. Noch vor ein paar Jahren standen wir mit unserer Arbeit in der Kritik und unsere Forderungen wurden nicht selten als überzogen belächelt und abgetan. Aktuell werden unsere Anliegen und Probleme aufgenommen und fokussiert und somit anerkannt. So z.B. in einer Berichterstattung des SWR-Fernsehens aus der JVA Freiburg zur vollzuglichen Realität.

Auch **Justizminister Guido Wolf** – seit Mai 2016 im Amt – ist mit seiner offenen Art, Missstände anzusprechen, ein Gewinn für den Justizvollzug. Erstmals bringt ein zuständiger Minister öffentlich die praktischen Probleme des Vollzugs sehr deutlich zum Ausdruck – und in Gesprächen überbietet er manchmal sogar die Schilderungen des BSBD aus dem praktischen Vollzugsalltag.

Eines dieser Anliegen, bei dem die Regierungsfractionen schnell reagierten, ist die Problematik der **Kommunikation und Sprachkompetenz** in den Anstalten. Vermehrt - auch bedingt durch den Flüchtlingsstrom - bestehen hohe Defizite bei der Verständigung mit den Gefangenen vor

Ort. Hier gibt es bereits einige Ideen, wie z.B. den Einsatz von Video-Dolmetschern (Pilotierung in sechs Anstalten) oder die vermehrte Einstellung von neuen Kollegen/innen mit Migrationshintergrund. Per Änderungsantrag der Regierungsfractionen zur Erhöhung der Haushaltsmittel für „Schulungen“ sollen nun 150.000 € freigegeben werden, um flexibel und dezentral die Fortbildungen für Fremdsprachen und für multikulturelle Fragen in den Anstalten zu fördern. Dies wäre eine Verdreifachung der ursprünglich eingeplanten Geldmittel.

Auch das **Personalentwicklungskonzept des gehobenen Verwaltungsdienstes** wurde für diese Laufbahn im Justizvollzug nun durch das Ministerium aufgenommen. Mit Teilnehmern des gehobenen Justizdienstes, des Amtsanwaltsdienstes, des Bezirksnotariatsdienstes und des BSBD – vertreten durch Kollegin **Ensle-Bohn** – konnten bereits Anregungen bei der ersten Sitzung am 10.03.2017 eingebracht werden.

Vor einigen Jahren ist die Umstellung der **Uniform** von grün auf blau mit sehr guter Akzeptanz der neuen Dienstkleidung durch den allgemeinen Vollzugsdienst erfolgt. Seitdem ist aber nichts mehr passiert bzw. es gab kein Gremium mehr, das sich um die Weiterentwicklung kümmerte. Dies wurde bei einem Gespräch mit der Abteilung IV vor etwa einem Jahr erwähnt. Der Vorschlag, die vormalige „AG Blaue Uniform“ in einem regelmäßigen jährlichen Abstand über Verbesserungen beraten zu lassen, soll nun unter Beteiligung des BSBD umgesetzt werden.

Lange Zeit waren im **Angestellten- und Tarifbereich** keinerlei oder nur sehr geringe Verbesserungen zu verbuchen. Langsam kommt nun auch hier, nach unermüdlichen Bestrebungen durch den BSBD, Bewegung in die Sache. Als Beispiel nennt der Landesvorsitzende die Entwicklungen und Verbesserungen bei der Übergangsversorgung der Angestellten, die Anpassung der sog. Gitterzulage für Tarifbeschäftigte, den Zugang von Verwaltungsangestellten zum mittleren Verwaltungsdienst und die Regelung der Ausbildung von Tarifkräften im Vollzugsdienst. In diesem Zusammenhang ist es von großer Bedeutung, dass wir mit Kollegen **Axel Lehrer** einen baden-württembergischen Vertreter in der BSBD-Bundesleitung haben.



Der Vorsitzende bei seinem zukunftsweisenden Vortrag

Die erste Sitzung der neuen **AG Moderner Strafvollzug** am 28. März 2017, die auch durch tatkräftigen Anstoß des BSBD nach Gesprächen mit den Regierungsfractionen zustande gekommen ist, dauerte etwa sieben Stunden (!). Unter federführender Leitung des CDU-Landtagsabgeordneten Dr. Bernhard Lasotta, der als Hauptinitiator der AG anzusehen ist, wurde der BSBD als gewerkschaftlicher Verband als erster Teilnehmer angehört. Der BSBD-Landesvorsitzende Schmid referierte aus dem kompletten, umfangreichen und vielschichtigen Feld des Justizvollzugs.

Ziel ist es, Verbesserungen für den Vollzug auszuarbeiten und – wenn möglich – die hierfür notwendigen Mittel in den Finanzplan für den Doppelhaushalt 2018/2019 fest einzubringen.

Unsere derzeitigen Vorschläge sind unter anderem:

- 50 Neustellen aus den Empfehlungen der Expertenkommission (Rest-Umsetzung),
- 30 Neustellen für baulich-technische Sicherheit mit Auswirkungen auf das Personal z.B. Kameraüberwachungen/Sitzwachen/Ausführungen/Sonderabteilungen,
- 50 Neustellen in Haushalt 2019 (weitere Schließung der Lücken im Ländervergleich),
- Erfüllung/Anhebung der Stellenobergrenzen in den mittleren Diensten
kurzfristig: Erreichen der 40% durch ca. 300 Hebungen,
mittelfristig: Stellenobergrenzen auf Polizeiniveau von 70%,
- Anhebung des Anwärtersonderzuschlags von 55% auf 70% im Werkdienst und im Krankenpflegedienst, auf 60 % im Vollzugsdienst und Absenkung der Bezugsaltersbegrenzung von 27 auf 22 Jahre,
- ca. 20 Stellenhebungen im gehobenen Verwaltungsdienst (Rechtspfleger),
- ca. 30 Stellenhebungen im Sozialdienst,
- Stellenhebungen bei Vollzugsdienstleitern und Werkdienstleitern (von A 10 nach A 11 und/oder von A 11 nach A 12),
- Stellenhebungen für alle Leiter von Außenstellen und für Vertreter der Werkdienstleiter nach A 10,
- Prüfung der Wiedereinführung des § 455 a StPO (Strafausstand aus Gründen der Vollzugsorganisation).

Ein erneutes Treffen der AG Moderner Strafvollzug ist im Juli 2017 geplant.

Zur weiteren Tagesordnung der Landeshauptvorstandssitzung

Die weiteren Tagesordnungspunkte wurden sodann der Reihe nach aufgerufen und abgearbeitet, sie können aber aus Platzgründen in diesem Heft nicht mehr detailliert behandelt werden; dies wird zu anderer Zeit an anderem Ort geschehen. Einzelne Bereiche – wie z.B. die Berichte der Fachgruppensprecher – werden aber in unsere BSBD-Homepage BW eingestellt, im nächsten Heft des VOLLZUGSDIENST, in Vorstands-Rundbriefen per E-Mail oder im Vorfeld des Delegiertentages wieder aufgegriffen.

Hier nur so viel:

Nach dem **Kassenbericht 2016 durch Kollegen Maertins** und der Bescheinigung der Kassenprüfer zur einwandfreien Kassenführung wurden sowohl Landeskassiers wie der gesamte Landesvorstand auf Antrag einstimmig entlastet.

Der **Haushaltsvoranschlag für das Jahr 2018** wurde ebenfalls einstimmig genehmigt.

Ein **erster Entwurf eines neues Beitragsmodells** wurde vorgestellt. Dieser Vorschlag für ein neues Beitragsmodell wird dem Landeshauptvorstand zugesandt, so dass Gelegenheit zur Stellungnahme und Rückmeldung mit Fristsetzung besteht (01.07.2017). Eine Entscheidung wird dann vom Landesdelegiertentag im Oktober 2017 per Abstimmung zu treffen sein.

Zu den **Anträgen** aus vorangegangenen Sitzungen ist als Besonderheit anzufügen, dass diese zum großen Teil in die Erörterungen der „Expertenkommission“ und nunmehr in die Besprechungen der „AG Moderner Strafvollzug“ eingeflossen sind. So stehen die Anträge der OV und der FG an ganz prominenter Stelle auf der Tagesordnung.

Auch von der **Satzungskommission unter Vorsitz des Ersten stv. Vorsitzenden Georg Konrath** wurde Bericht erstattet. Hier wird der überarbeitete Satzungsentwurf mit

Aktualisierungen, Ergänzungen und Verbesserungen an die Mitglieder des LHV zur Gelegenheit der Stellungnahmen versandt; entschieden wird dann auch beim Delegiertentag.

Im Rahmen des **Verbandsrechtsschutzes** wird vom dbb-Dienstleistungszentrum eine Art Newsletter mit dem Titel „**DLZ aktuell**“ herausgegeben und Online verbreitet. Nach Behebung eines möglichen Adress-Fehlers und Prüfung des Datenschutzes sollen diese InfoBlätter über den E-Mail-Verteiler an die Mitglieder des LHVS weitergeleitet werden

Bei den **Angelegenheiten der Landesgeschäftsstelle** stellt deren Leiterin **Barbara Reber** den geplanten Ablauf für den **Delegiertentag 2017 vom 19. bis 21. Oktober 2017 im Stadthotel Kolping in Freiburg vor**. Kurzfristig ist wichtig, dass ab Mitte Juni 2017 von der Geschäftsstelle die nötigen Formulare verschickt werden. Im Paket enthalten sind u.a. die Informationen zur Antragsstellung, zur Meldung der Delegierten und zur Zimmerreservierung im Stadthotel Kolping (jeder Teilnehmer in Eigenregie). Für den 10.08.2017 ist die Abgabefrist für Anträge und Meldungen der Delegierten geplant.

Als eine weitere Tagung findet die viel und oft nachgefragte **Personalräteschulung** des BSBD am 23. und 24.05.2017 in Hößlinsülz statt.

Die **nächste Landeshauptvorstandssitzung** findet im Rahmen des Delegiertentages am 19.10.2017 im Kolping Standhotel in Freiburg statt. Beginn der Sitzung ist um 13:30 Uhr vorgesehen.

Der Landesvorsitzende Alexander Schmid bedankte sich – gegen 17:05 Uhr – bei den Anwesenden, aber auch bei den Mitgliedern in den Ortsverbänden vor Ort und in den Fachgruppen für die geleistete Arbeit in den letzten Monaten. Ohne diese aktiven Kolleginnen und Kollegen wäre eine erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit nicht möglich.

lar/wok/alle Fotos: BSBD-LV Peter Zielinski